

NIEDERSCHRIFT

| | | | |
|-----------------|---|---------------|------------------|
| Körperschaft: | Gemeinde Bad Zwischenahn | | |
| Gremium | Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus | | |
| Sitzung am: | Montag, 26.08.2013 | | |
| Sitzungsort: | Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5 | | |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr | Sitzungsende: | 19:30 Uhr |

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Frank Martin CDU

Ausschussmitglieder

Herr Diethard Dehnert UWG
Herr Jochen Finke CDU
Herr Ralf Haake CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Helmut Ohlert SPD
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD
Herr Dr. Horst-Herbert Witt FDP

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Herr Martin Wichelmann zugleich Protokollführer

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Genehmigung des Protokolls vom 21.05.2013 (Nr. 79) | 2 |
| 3. | Bericht der Verwaltung | 3 |
| 3.1. | Antrag des Vereins Museumseisenbahn Ammerland-Saterland e.V. | 3 |

| | | |
|------|---|---|
| 3.2. | Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen | 3 |
| 3.3 | Konzessionsabgabe EWE für den Verbrauch von sog. Wärmekunden | 3 |
| 3.4. | Breitbandausbau in Bad Zwischenahn | 3 |
| 4. | Bericht zum Stand der Haushaltsführung | 4 |
| 5. | Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co.KG (EWE-Beteiligung der Gemeinde) Vorlage: BV/2013/118 | 4 |
| 6. | I. Nachtragshaushalt 2013 Vorlage: BV/2013/123 | 7 |
| 7. | Anfragen und Hinweise | 7 |
| 8. | Einwohnerfragestunde | 7 |

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Dr. Martin eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Genehmigung des Protokolls vom 21.05.2013 (Nr. 79)

Beschluss:

Das Protokoll vom 21.05.2013 (Nr. 79) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Bericht der Verwaltung

3.1 Antrag des Vereins Museumseisenbahn Ammerland-Saterland e.V.

Mit Schreiben vom 01.07.13 hatte sich der Verein Museumseisenbahn u.a. auch an die Gemeinde gewandt, um nach einer finanziellen Unterstützung für die Sanierung des Mittelwagens zu fragen.

Die Verwaltung erläutert, dass von der BTG und der Gemeinde keine weitere finanzielle Unterstützung für die Sanierung gewährt werden kann. Seit 2007 wurden dem Verein vom „Runden Tisch“ und der BTG für diverse Leistungen bereits insgesamt 6.000 € zur Verfügung gestellt.

- 20 -

3.2 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen

Der Bericht wird in der Sitzung vorgetragen.

- 20 -

3.3 Konzessionsabgabe EWE für den Verbrauch von sog. Wärmekunden

In den vergangenen Tagen wurde in der Presse über mögliche zusätzliche Ansprüche der Kommunen auf Konzessionsabgabenzahlungen für die Jahre vor 2010 berichtet

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass die von der EWE angekündigte Auskunft über die Anzahl der Wärmekunden noch nicht vorliege. Die Zahl werde zum VA nachgereicht

Auf die Frage des AM Mickelat erklärt FBL Oeljeschläger, dass die Gemeindeverwaltung direkte Gespräche mit der EWE führe.

- 20 -

3.4 Breitbandausbau in Bad Zwischenahn

Die Verwaltung hat in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus über den aktuellen Stand des Breitbandausbaus in Querenstede und der Ortschaft Dänikhorst berichtet. Seitdem haben sich weitere Bürgerinnen und Bürger gemeldet, die an einem Ausbau interessiert sind, so dass der EWE für Dänikhorst inzwischen mehr als 50 Aufträge (Stand heute) vorliegen. Dies reicht für einen Ausbau ohne finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht aus, so dass die EWE momentan prüft, wie weiter vorgegangen werden kann.

Darüber hinaus hat die EWE inzwischen mitgeteilt, dass sie die Ortschaft Petersfehn I mit eigenen Mitteln fast komplett ausbauen wird. Nicht zu ihrem Ausbaubereich zählt allerdings das dortige Gewerbegebiet „An den Kolonaten“. Hierfür sowie für das Gewerbegebiet „Hahnenkamp“ in Specken sollen daher nun öffentliche Fördergelder (EFRE-Mittel) beantragt werden. Dazu wurde im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland sowie den Homepages des Breitbandkompetenzzentrums Niedersachsen und der Gemeinde jeweils ein Interessenbekundungsverfahren veröffentlicht. Das Verfahren endet am 17.09.2013. Danach wird die Verwaltung entsprechende EFRE-Anträge vorbereiten.

Unabhängig davon wird die EWE in den nächsten Jahren voraussichtlich in weiteren Ortschaften der Gemeinde den Breitbandausbau vorantreiben. Die Verwaltung wird hierüber berichten, sobald ihr die konkreten Daten vorliegen.

AM Mickelat erkundigt sich, ob die im Haushalt veranschlagten Mittel für den Breitbandausbau für alle genannten Bereiche ausreichen.

FBL Oeljeschläger bejaht dies für die genannten EFRE-Anträge und einen Ausbau in Dänikhorst. Sollten weitere Bereiche hinzukommen, müssten weitere Mittel bereitgestellt werden.

AM Köster fragt nach, welche weiteren Bereiche es im Gemeindegebiet gebe.

FBL Oeljeschläger entgegnet, dass 20 bis 25 % des Gemeindegebietes betroffen seien.

BM Dr. Schilling ergänzt, dass bei ISDN-Kunden keine Probleme beständen.

- 23/80 -

4 Bericht zum Stand der Haushaltsführung

AV Dr. Martin bedankt sich bei der Kämmerei für die antragsgemäße gute Weiterentwicklung der unterjährigen haushaltsmäßigen Berichterstattung. Diese sollte auf Dauer zur weiteren Erhöhung der Aussagekraft noch weiter optimiert werden. So müsste beispielsweise die unterjährige Entwicklung bei der Einkommensteuer unabhängig von den Zahlungsterminen dargestellt werden.

AL Wichelmann entgegnet, dass die Verwaltung die Istzahlen erst zu dem Zeitpunkt darstellen könne, zu dem sie ihr bekannt seien. Eine gleichmäßige Verteilung der Einnahmen über das gesamte Jahr entspreche nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

AM Dr. Wengelowski findet Form und Inhalt des Berichtes gut. Hier müsse keine weitere Überarbeitung geleistet werden. Wie bekannt sei, habe die Kämmerei mit der Aufarbeitung der Jahresabschlüsse wichtigere Arbeiten zu leisten.

AM Dr. Martin ergänzt, dass auch für ihn eine Verbesserung des Berichtswesens im Vergleich zu den von Dr. Wengelowski genannten Themen nicht vordringlich sei. Mittelfristig müssten aber auch hier Verbesserungen angestrebt werden.

- 20 -

5 Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co.KG (EWE-Beteiligung der Gemeinde) Vorlage: BV/2013/118

FBL Oeljeschläger erläutert ausführlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er weist dabei auch auf die Absichten der Ammerlandgemeinden. Insgesamt sollten alle Ammerlandgemeinden und die Stadt eine Beteiligung für eine bessere Einflussnahme auf die EWE eingehen. Entsprechend hat auch im Vorfeld eine enge Abstimmung stattgefunden.

AV Dr. Martin weist darauf hin, dass die Stadt Westerstede keine eigenen Mittel für die Beteiligung einsetzen wolle, sondern dies über die Jasper-Hochkamp-Stiftung laufen lasse.

FBL Oeljeschläger stellt klar, dass es sich hierbei um ein inneres Darlehen handele, welches auch von der Stadt abbezahlt werden müsse.

AM Finke führt aus, dass die CDU-Fraktion der Beteiligungsabsicht kritisch gegenüber stehe. Die EWE befinde sich bereits zu 75 % in kommunaler Hand. Dieses neue Beteiligungsangebot enthalte keine wirklichen Mitspracherechte der Kommunen und verbessere daher ihre Position nicht. Dafür nehme die Gemeinde Risiken auf sich, da sie bis 2028 an die Beteiligung gebunden sei und ungewiss sei, welchen Wert die Beteiligung im Jahr 2028 noch haben werde. Angesichts des hohen Schuldenstandes der Gemeinde könne sie sich eine solche spekulative Beteiligung nicht leisten. Wenn die Gemeinde derzeit liquide Mittel über habe, könne sie diese besser für eventuelle in den nächsten Jahren anstehende Bedarfe einsetzen. Er denke hierbei zum Beispiel an das Gelände des Bundeswehrkrankenhauses.

Nach Ansicht von AM Dr. Witt will die EWE mit ihrem Beteiligungsangebot den Gemeinden einen Teil der finanziellen Lasten zum Ausbau der Netze aufbürden. Er stelle sich die Frage, ob der Bau und der Betrieb der Netze wirklich ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sei, für den die Kommunen auch finanziell einstehen müssten. Die Gemeinde sollte ihre Mittel lieber für ihre originären Aufgaben einsetzen, zum Beispiel für die Unterhaltung der Infrastruktur. Für außerordentliche Schuldentilgungen sollten die Mittel aber nicht eingesetzt werden, da über die ordentliche Tilgung eine ausreichende Rückführung der Gemeindefinanzschulden gewährleistet sei. Er erkundigt sich, ob die Gemeinde auch zu einem späteren Zeitpunkt das EWE-Beteiligungsangebot annehmen könne und wie die Chancen zur Realisierung des dargestellten steuerlichen Bundes mit dem Badepark eingeschätzt würden.

AV Dr. Martin entgegnet, dass er zwei Kommunen im Weser-Ems-Bereich kenne, bei denen die Finanzämter diesen steuerlichen Verbund bereits anerkannt hätten. Seines Erachtens müsse dies auch in Bad Zwischenahn der Fall sein.

FBL Oeljeschläger bestätigt diese Einschätzung. Das EWE-Beteiligungsangebot könne in der gegenwärtigen Form in Teilen zunächst in diesem Jahr und dann später im Jahr 2018 angenommen werden. Derzeit laufe eine Anfrage der EWE bei der BAFIN, ob auch im Jahr 2014 eine Beteiligungsmöglichkeit gewährleistet werden könne. Dieses Angebot richte sich aber vor allem an die Gemeinden, die gegenwärtig noch keinen Konzessionsvertrag mit der EWE abgeschlossen haben. Da auch nicht abgesehen werden könne, ob diese Beteiligungsmöglichkeit überhaupt zustande komme, müsse der Rat jetzt eine Entscheidung treffen.

Nach Ansicht von AM Dehnert seien zwei Fragen zu klären, nämlich ob es sich um eine Aufgabe der Gemeinde handele und ob die Gemeinde über Geld für eine Geldanlage verfüge. Seines Erachtens ist das nicht der Fall. Im Übrigen werde der Begriff Rendite falsch verwendet. Um die Rendite zu ermitteln, müsse vom Zinssatz der Finanzierung der Beteiligung abgezogen werden. Die Beteiligung sei auch nicht risikoarm und begründet dies. Da auch der Rückkaufwert im Jahr 2028 unbekannt sei, handele es sich durchaus um eine riskante Beteiligung, der er mit großem Bedenken gegenüber stehe.

Nach Ansicht von AM Köster sollte die Gemeinde das Beteiligungsangebot annehmen. Die EWE sei der regionale Anbieter für Gas und Strom und besinne sich zunehmend auch wieder auf diese Funktion. Zu dem Prozess der Wiedereinbindung in die Region gehöre auch das Beteiligungsangebot an die Kommunen. Das Vorhalten der Netze sei eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und gehöre in öffentliche Hand. Über die Beteiligung wachse der Einfluss der Kommunen auf die EWE ohne dass es die Kommunen etwas koste, da eine angemessene Verzinsung vorliege. Ziel der Beteiligung sei für ihn keine kurzfristige Geldanlage, sondern eine dauerhafte Beteiligung an einer öffentlichen Aufgabe. Die EWE habe auch vom Zinssatz her ein angemessenes Angebot vorgelegt, da sie im Interesse einer langfristigen Zusammenarbeit mit den Kommunen, gerade auch mit Hinblick auf den Abschluss

weiterer Konzessionsverträge, an einem guten Verhältnis zu den Kommunen interessiert sei.

AM Haake hält das EWE-Angebot für nicht lukrativ und begründet dies. Die Gemeinden erhielten keinen Einfluss auf das operative Geschäft der Netz GmbH und können so auch nicht darauf hinwirken, dass die EWE das von den Kommunen mitfinanzierte Vermögen wirtschaftlich erhalte. Statt sich bei der EWE zu beteiligen, könnte die Gemeinde die Mittel besser in eine Vielzahl kommunaler Projekte stecken. Er denke dabei an energetische Maßnahmen, an die Straßenbeleuchtung, an gemeindliche Gebäude, an die Unterhaltung der gemeindlichen Straßen aber auch an die Rückzahlung von Darlehen. Mit der Beteiligung würde die Gemeinde ihre gegenwärtig vorhandenen liquiden Mittel aus der Hand geben, ohne zu wissen, ob auch in Zukunft die Steuereinnahmen so sprudeln werden wie gegenwärtig.

FBL Oeljeschläger führt aus, dass das EWE-Angebot durch den kommunalen Wunsch an einer Beteiligung an der Netz GmbH hervorgerufen worden sei. Das man über die Beteiligung nur einen geringen Einfluss auf das operative Geschäft erhalte, sei auch bei vielen anderen Beteiligungen üblich. Einwirkungsmöglichkeiten in operativer Hinsicht seien der Gemeinde aber im Konzessionsvertrag eingeräumt worden. Darüber hinaus richte die EWE derzeit sogenannte Regionalbeiräte ein, um mit den Kommunen direkt vor Ort deren Anliegen zu besprechen.

Bei dem Beteiligungsangebot der EWE gehe es nicht um eine Geldanlage, sondern um eine langfristige kommunale Beteiligung. Der Zinssatz von 4,75 % sei aus Sicht der Verwaltung im Sinne der Vermögenserhaltung angemessen. Es handele sich aber nicht um einen spekulativen Zinssatz mit dem Ziel einer möglichst großen Gewinnerzielung. Der in der Diskussion mehrfach ausgesprochene Gedanke, die Mittel nicht für eine EWE-Beteiligung, sondern zum Beispiel für die Straßenunterhaltung einzusetzen, berge wirtschaftliche Nachteile für die Gemeinde, da sie dann keine Zinseinnahmen erhalten würde.

BM Dr. Schilling macht deutlich, dass die EWE ein solides Unternehmen sei und dass die Gemeinde ein starkes Interesse am Wohlergehen der EWE haben müsse, schon allein bei Betrachtung der Dividende in Höhe von ca. 2,6 Mio. € jährlich die die EWE an den Landkreis Ammerland zahle, die sich mit Sicherheit deutlich senkend auf die Kreisumlage auswirke. In den Diskussionen über die Übernahme der Netze in kommunale Trägerschaft habe sich gezeigt, dass die Kommunen sich der Bedeutung der Netze bewusst seien und dies auch durchaus als kommunale Angelegenheit ansehen. Angesichts der Bedeutung, die die Netze im Zusammenhang mit der Energiewende bekommen haben, erscheine die Vorstellung, die Netze könnten im Jahr 2028 keinen Wert mehr besitzen, eher abwegig. Das Angebot der EWE sei auch von der Verzinsung her kein schlechtes Angebot für die Kommunen. Wenn sie als Anleihe auf dem Markt gebracht würde, würde sie sicherlich gut verkauft werden. Der Zustand der gemeindlichen Infrastruktur und der gemeindlichen Finanzen sei im Übrigen nicht so schlecht, wie er von einigen Vorrednern dargestellt wurde. Die Gemeinde habe in den vergangenen Jahren nicht nur den Schuldenstand zurückfahren können, sondern auch beträchtliche Sanierungsinvestitionen in den gemeindlichen Gebäuden realisiert. Im Straßenbereich bestehe noch am meisten Nachholbedarf, aber auch hier stehe die Gemeinde im Vergleich zu anderen Kommunen nicht so schlecht dar.

AV Dr. Martin entgegnet, dass es noch nicht lange her sei, dass die Gemeinde sich in der Haushaltssicherung befunden habe. Die derzeit gute Einnahmesituation könne auch schnell wieder ins Gegenteil umschlagen. Angesichts der hohen Verschuldung der Gemeinde könne er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, der EWE-Beteiligung zuzustimmen. Dies sei mit Blick auf die kommenden Generationen nicht vertretbar.

AM Mickelat weist darauf hin, dass die EWE mit der angebotenen Beteiligung einer kommunalen Forderung nachgekommen sei. Diese Beteiligung beinhalte mit Sicherheit Risiken,

dies gelte aber für das gesamte finanzielle Umfeld der Gemeinde. Die EWE sei seines Erachtens aber gut aufgestellt und ein guter Partner, sodass er der Beteiligung zustimmen könne.

AM Finke weist darauf hin, dass seine Fraktion nicht für die Übernahme der Netze durch die Kommunen eingetreten sei. Es sei auch weiterhin das Bestreben seiner Fraktion, den Schuldenstand der Gemeinde zurückzuführen. Zur Klärung der aufgeworfenen Fragen stellt er den **Antrag**, die Beratung zu diesem TOP zu vertagen und zu weiteren Beratungen einen Vertreter der EWE zuzuladen.

BM Dr. Schilling begrüßt dies. Die EWE habe bereits in der Vergangenheit angeboten, den Inhalt des Angebotes den Gremien zu erläutern.

Nach Ansicht von AM Dr. Wengelowski werde von vielen Ausschussmitgliedern der Eindruck erweckt, dass der Bürgermeister für den hohen Schuldenstand der Gemeinde verantwortlich sei. Dies sei aber eine Verdrehung der Tatsachen, da seit Amtsantritt des Bürgermeisters die Schulden deutlich zurückgeführt worden sind.

AM Finke entgegnet, dass er mit seinem Antrag eine gütliche Einigung angestrebt habe. Da dies aber offensichtlich von der Gegenseite nicht gewollt sei, zieht er seinen Antrag zurück.

BM Dr. Schilling erneuert den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes von der heutigen Sitzung und weiterer Beratung in einer späteren Sitzung nach Anhörung eines Sachverständigen der EWE. Da der TOP 6 inhaltlich mit TOP 5 zusammenhänge, gelte der Antrag auch für diesen TOP.

Beschlussvorschlag:

Die Beratungen zu TOP 5 und TOP 6 werden vertagt. In einer Sondersitzung des Wirtschaft- und Finanzausschusses soll ein Sachverständiger der EWE zu dem EWE-Beteiligungsangebot gehört werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|---|
| Ja-Stimmen: | 4 |
| Nein-Stimmen: | 2 |
| Stimmenthaltungen: | 3 |

6 I. Nachtragshaushalt 2013 **Vorlage: BV/2013/123**

Vertagt.

7 Anfragen und Hinweise

Keine.

8 Einwohnerfragestunde

Keine.

Nicht öffentlicher Teil

AV Dr. Martin schließt die Sitzung.

Dr. Martin
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger
Fachbereichsleiter

Wichelmann
Protokollführe